



Samstag, 17. Oktober 2026, 15:58 Uhr
~13 Minuten Lesezeit

Apokalypse jetzt

Kollapspropheten verlegen den kommenden Untergang immer in die Zukunft — in Wahrheit ist er längst im Gange.

von Felix Feistel
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (HTWE, Porstocker)

Immer wieder gibt es Warnungen vor einem künftigen Kollaps. Ökonomen mahnen den Zusammenbruch des Finanzsystems an. Andere Stimmen warnen vor Blackouts und Energiearmut. Dabei werden all diese

Szenarien eines drohenden Untergangs immer in eine nahe oder doch unbestimmte Zukunft verlagert. Schaut man sich die Ereignisse im Westen aber genauer an, muss man feststellen, dass der Kollaps bereits vor unseren Augen stattfindet. Dabei handelt es sich nicht um einen plötzlichen, apokalyptischen Zusammenbruch. Wie der Untergang jeder Zivilisation zuvor vollzieht sich auch der heutige in Zeitlupe durch eine Aneinanderreihung gradueller Verschlechterungen in allen Bereichen.

Die Situation im Nahen Osten versetzt zunehmend die Ökonomen der Welt in Sorge. Seit Monaten findet auf wechselnden Ebenen ein Krieg der USA gegen den Iran statt. Auf die ursprüngliche Aggression durch Bomben und Raketen reagierte der Iran seinerseits mit Angriffen in der gesamten Region. Dabei wurden ziemlich schnell auch Raffinerien und Ölinfrastruktur unter Beschuss genommen. Hinzu kommt die Blockade der Straße von Hormus durch die iranischen Revolutionsgarden. Diese Lebensader der globalen Ökonomie pumpt eigentlich zwischen 20 und 30 Prozent des global benötigten Erdöls, Flüssiggases sowie verschiedener Ausgangsstoffe für Düngemittel und andere Industriegüter in alle Regionen der Welt. Mit der Blockade kam der Durchfluss an Frachtschiffen weitgehend zum Erliegen. Passierten früher um die 130 Schiffe am Tag (<https://www.newser.com/story/388734/the-strait-of-hormuz-by-the-numbers.html>) die Meerenge, so liegt dieser Wert heute im einstelligen Bereich (<https://tankermap.com/analytics/straits/hormuz>).

Verstärkt wird dieser Effekt noch durch eine von den USA

verhängte Gegenblockade iranischer Schiffe. Zur Umgehung der Straße hat vor allem Saudi-Arabien den Öltransport durch die Ost-West-Pipeline an die Küste am Roten Meer drastisch erhöht. Doch im Laufe des Sommers 2026 verschärfte sich der Konflikt mit der jemenitischen Huthi-Miliz. Diese ging dazu über, Saudi-arabische Ölinfrastruktur anzugreifen und saudische Schiffe im Roten Meer zu blockieren. Ein lange schwelender Krieg zwischen den Huthis und der von Saudi-Arabien gestützten offiziellen Regierung des Jemen in Aden flammte wieder auf.

Im September eroberten die Huthis innerhalb weniger Tage die Küste des Jemen am Roten Meer, sowie wichtige Inseln in der Meerenge Bab al-Mandeb. Diese Meerenge ist der einzige Zugang zum Roten Meer und damit zum Suezkanal von dieser Seite aus. Die Huthis, die als mit dem Iran verbündet gelten, können diese Meerenge nun jederzeit sperren.

Und das ist für die saudischen Transportschiffe ein großes Problem. Denn der größte Teil der Ölexporte aus Saudi-Arabien geht nach Asien. Der Weg ist aber durch die Sperrung des Roten Meeres versperrt. Saudische Tanker müssten den Umweg über den Suezkanal und ganz Afrika nehmen – eine zusätzliche Fahrtzeit von vielen Wochen. Hinzu kommt, dass ein großer Teil der saudischen Super-Tanker den Suezkanal gar nicht voll beladen befahren kann. Denn dieser hat nur eine **Tiefe von etwa 20 Metern** (<https://rynda.io/blog/canal-transit-limits-2026-reference#suez-canal>). Der Tiefgang voll beladener VLCC (Very Large Crude Carriers) – also der Supertanker – liegt aber oft **bei 20 Metern** (<https://marineinsight360.com/blogs/vlcc-ship-ulcc-large-crude-carries>) oder sogar mehr.

Damit können diese Tanker den Suezkanal nicht passieren. Es ist höchstens möglich, sie nicht voll beladen auf die Reise zu schicken. Das verursacht erhebliche finanzielle Verluste, ohne zugleich die Knappheit an Öl und Gas zu beheben. Andere Golfstaaten können

den Verlust nicht ausgleichen, weil sie ihre Rohstoffe zum größten Teil durch die gesperrte Straße von Hormus exportieren müssen.

Hinzu kommt der schon länger tobende Krieg, den die NATO in der Ukraine gegen Russland führt. Auch dieser hat nicht nur die Versorgung vor allem der EU mit Öl- und Gasprodukten sowie Düngemitteln erheblich getroffen.

Immer mehr gehen beide Seiten auch dazu über, Ölinfrastruktur anzugreifen — etwa Raffinerien, Pipelines und andere Anlagen. Das führt zu einem zusätzlichen Mangel an kritischen Rohstoffen. Diese Gesamtlage verleitet verschiedene Ökonomen dazu, für die Zukunft einen ökonomischen Kollaps vorherzusagen.

So hat die Großbank JPMorgan bereits im Mai einen Bericht veröffentlicht, der einen globalen ökonomischen Kollaps für September

(<https://x.com/DPrivatinvestor/status/2099389005812916421>)

vorhersagte. Im September musste die Bank dann etwas zurückrudern (<https://www.jpmorgan.com/insights/global-research/commodities/oil-prices>). Die Anpassungen waren größer als zunächst gedacht. Die Nachfrage nach Öl hat stärker abgenommen als gedacht, und auch die Reserven wurden stärker aktiviert, als man zunächst angenommen hatte. Trotzdem bleibe die Situation angespannt.

JPMorgan musste den Untergang also abermals verschieben. Nicht im September, aber vielleicht im Oktober, November, im Februar 2027? Nun ist JPMorgan keine desinteressierte dritte Partei. Informationen werden hier mutmaßlich strategisch veröffentlicht und dienen dem eigenen Geschäftsinteresse. Diese Vorhersagen, die man schon seit Jahren immer wieder hört, werfen die Frage auf, woran sich ein Kollaps eigentlich bemisst, und wie man genau den

Zeitpunkt eines Kollapses bestimmt. Denn ein Untergang kann durchaus unterschiedliche Ursachen haben – und dies wurden auch immer wieder ins Feld geführt. Seien es die Finanzspekulation, die Geldmenge, die Staatsverschuldung, die Menge der sogenannten fossilen Energien: Alles Mögliche kann als Auslöser eines Niedergangs ausgemacht werden.

Doch der viel beschworene Kollaps blieb bislang aus.

Doch blieb er wirklich aus? Denn wenn man sich die realen Gegebenheiten einmal anschaut, sieht es ein bisschen anders aus. Die Fixierung auf einen Wert, etwa die verfügbare Menge an Energie, die Verschuldung oder die Geldmenge in Spekulationsblasen, verstellt oft den Blick auf das Gesamtbild und damit auf die Wirklichkeit. Und hier kann man, wenn man sich ein Lagebild macht, doch einen kontinuierlichen Niedergang beobachten.

Man sollte sich dabei vor Augen halten, dass ein Untergang nicht mit einem großen Knall stattfindet. Es ist vielmehr ein langsamer Prozess des kontinuierlichen Verfalls. So wurde Rom nicht nur nicht an einem Tag errichtet, es verschwand auch nicht binnen eines Tages.

Der Niedergang des Römischen Reiches zog sich über Jahrhunderte hin.

Und Ähnliches erleben wir derzeit überall im sogenannten Westen. Hier findet eine Entwicklung statt, die nicht unbedingt mit der fingierten Corona-Pandemie 2020 begonnen hat, durch diese aber stark beschleunigt wurde. Weitere Katalysatoren waren die zahlreichen EU-Sanktionen gegen Russland. Sie schränkten die Verfügbarkeit russischer Rohstoffe, insbesondere fossiler Brennstoffe und Düngemittel, in Europa ein. Ersatzlieferungen aus den USA waren oft deutlich teurer. Hinzu kommt seit Februar 2026

der Krieg gegen den Iran. Alle diese Punkte wären für sich genommen schon eine schwere Herausforderung; zusammengenommen verstärken sie einen Trend, der sich bereits seit Jahren abzeichnet: den kontinuierlichen Verfall des Westens.

Dieser drückt sich in verschiedenen Symptomen aus. Es gibt schon lange eine immer größere Diskrepanz zwischen Arm und Reich. Immer weniger Menschen und Familien vereinen einen immer größeren Anteil des globalen Wohlstands auf sich. Die Armen kämpfen um ihr Überleben, während die Reichen sich Land, Infrastruktur, Gesundheitssysteme und politische Gremien einverleiben. Eine Oligarchisierung der Welt ist ein klassisches Zeichen eines Niedergangs. Sie hat auch das Römische Reich in seiner Spätphase geprägt. Diese Oligarchen haben damals wie heute die politische Richtung des Staates geprägt und den Staat zu einem Durchsetzungsinstrument ihrer Interessen gemacht.

Dazu gehörte unter anderem die immer größere Verschuldung der Unterschicht. Die Angehörigen der Unterschicht wurden auf diese Weise zu Schuldknechten und dann zu Sklaven – etwas, das bis weit in die Neuzeit als Feudalherrschaft aufrechterhalten wurde. Die Verschuldung der unteren Hälfte der Bevölkerung nimmt auch im Westen zu. So hat die untere Hälfte der US-Bevölkerung insgesamt Schulden in **Höhe von 6,1 Billionen US-Dollar**

[\(https://www.americanprogress.org/article/wealth-inequality-has-grown-during-the-trump-administration/\)](https://www.americanprogress.org/article/wealth-inequality-has-grown-during-the-trump-administration/). Zum Vergleich:

Von Anfang 2002 bis Ende 2005 beliefen sich ihre realen Schulden im Durchschnitt auf 5,2 Billionen US-Dollar. – Dieses Niveau ging der Immobilienkrise von 2008 voraus. Auch in Deutschland **nimmt die Überschuldung zu**

[\(https://www.creditreform.de/fileadmin/user_upload/central_files/News/News_Wirtschaftsforschung/2025/SchuldnerAtlas_Deutschland/SchuldnerAtlas_Deutschland_2025_Tabellenband.pdf\)](https://www.creditreform.de/fileadmin/user_upload/central_files/News/News_Wirtschaftsforschung/2025/SchuldnerAtlas_Deutschland/SchuldnerAtlas_Deutschland_2025_Tabellenband.pdf) –

vor allem in den unteren Einkommensschichten. In der gesamten EU nahm der Anteil der verschuldeten Haushalte in den letzten

Jahren zwar leicht ab

(<https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpsps/ecb.sps53.en.pdf>),

die Belastung gerade des unteren Fünftels der Bevölkerung bleibt aber hoch. Zudem ist die Abnahme zum Teil auf die Inflation zurückzuführen, wodurch die reale Schuldenlast gesunken ist – allerdings halten die Einkommen mit der Inflation in der Regel nicht mit. Der Effekt wird also aufgezehrt.

Während also Oligarchen immer mehr auf sich vereinen und die ärmeren Menschen in Schulden und niedrigen Einkommen gefangen sind, verfällt die öffentliche Infrastruktur. Das ist gerade in Deutschland seit Jahren zu beobachten, und das nicht allein bei der Deutschen Bahn – die Unpünktlichkeit, Dreck und Überfüllung längst zum Markenkern erhoben hat. Auch die Straßen und hier insbesondere die Brücken sind von Verfall geprägt. Die deutsche Infrastruktur ist zunehmend marode.

Deutsche Krankenhäuser stellen neben ihrem Nutzen mittlerweile durchaus ein Gesundheitsrisiko dar. So erleiden **rund fünf Prozent der Patienten** (<https://www.rki.de/SharedDocs/FAQs/DE/NI-und-AMR/Krankenhausinfektionen/FAQ-Liste.html>) in

Krankenhäusern eine Infektion mit sogenannten Krankenhauskeimen – und das allein nach öffentlichen Zahlen des ohnehin nicht sehr verlässlichen Robert Koch-Instituts. Krankenhauskeime sind dabei Erreger, die in der Regel resistent gegen Antibiotika sind und zu schwerwiegenden Komplikationen bis hin zum Tod führen können. Das gesamte Gesundheitssystem ist vollkommen überlastet – finanziell, aber auch logistisch.

Bei Ärzten müssen Patienten oft monatelang warten. Gleichzeitig wird die Versorgung immer weiter abgebaut. Immer mehr Leistungen werden gestrichen, immer weniger Geld zur Verfügung gestellt. Damit findet auch hier ein schleichender Verfall statt, der zwar nicht 2020 begonnen hat, seitdem aber an Fahrt aufnahm.

Das Gesundheitssystem nimmt dabei nur denselben Weg wie alle sozialen Sicherungssysteme. Hier wird immer mehr eingespart, werden Leistungen zurückgeschraubt und die auf die Systeme angewiesenen Menschen unter Druck gesetzt. So soll in der neuen Grundsicherung der Druck auf die Arbeitslosen wieder erhöht werden.

Sanktionen sollen hier drohen, die Menschen sollen zur unbezahlten Arbeit in der Kommune eingezogen werden können, und sie haben sich grundsätzlich dem System zu unterwerfen. Sie werden in Jobs geprügelt – von denen es immer weniger gibt.

Denn gleichzeitig verfällt die deutsche Ökonomie vollkommen. Durch zum großen Teil eigenes Verschulden der deutschen Bundesregierung sowie der EU ist die deutsche Wirtschaft seit Jahren in einer Rezession gefangen – die oftmals noch schöngerechnet wird. Unternehmen schließen ihre Pforten oder wandern ab, Arbeitsplätze werden abgebaut – und das massenhaft. Die Schuld daran wird dann gerne dem **Fortschritt der KI zugeschrieben** (<https://www.manova.news/artikel/die-bequeme-ausrede>), die angeblich viele Arbeitsplätze überflüssig mache. Tatsächlich dürfte es sich dabei um eine Schutzbehauptung handeln. Damit nimmt die Verelendung der Massen zu.

Gleichzeitig gefährdet die Versorgungslage mit Erdöl und Düngemitteln die Ernährungssicherheit der gesamten Welt. Davon wird auch Europa in Zukunft betroffen sein. Die eingetretenen Schäden sind hier auch nicht mehr auszugleichen. Selbst wenn der Krieg gegen den Iran und die Blockade der Straße von Hormus und des Roten Meeres umgehend beendet würden – bis die Ölinfrastruktur repariert, die Produktion wieder hochgefahren und der Transport wieder aufgenommen ist, würden noch Monate bis Jahre vergehen. Die Versorgungslage bliebe also katastrophal. Zunehmender Hunger zeichnet sich ab. Und damit zunehmende Migration – ebenfalls ein Marker des Niedergangs.

Und diese Migration erleben wir in Europa spätestens seit 2015 in einem bis dato unbekannten Ausmaß. Nun ist ein gewisses Maß an Migration immer schon Merkmal von Zivilisationen gewesen. Doch diese ist nur so lange zu bewältigen, wie die aufnehmenden Gesellschaften in der Lage sind, die Migranten zu integrieren. Hier erleben wir seit Jahren ein enormes Versagen, das zur Bildung von Parallelstrukturen innerhalb der Gesellschaft führt sowie zur Ausbreitung von Kulturen, die zuvor hier nicht heimisch waren. Das muss notwendigerweise zu Konflikten führen.

Auch das Römische Reich erlebte in seiner Spätphase massenhafte Migration bis hin zur Invasion germanischer Stämme, die mehrfach Rom plünderten und zerstörten. Hier schlummert also Potenzial für noch viel offensichtlichere Konflikte – bis hin zum Bürgerkrieg.

Zeichen des Niedergangs ist dabei auch die zunehmende politische Instabilität. Regierungen, die ihre Amtszeiten nicht mehr zu Ende führen, Rücktritte und Neuwahlen prägen den Westen zunehmend. Ob in Großbritannien, Italien, dem Baltikum – oder eben auch Deutschland. Die Ampelkoalition zerbrach im November 2024 vorzeitig, woraufhin der Weg für Neuwahlen im Februar 2025 frei wurde. Auch Kanzler Merz sieht sich inzwischen mit Rücktrittsforderungen konfrontiert.

Gleichzeitig klammern sich etablierte Herrscher jedoch an ihre Macht und verteidigen sie immer schärfer gegen mögliche Emporkömmlinge. Dabei verlassen sie auch mal den Raum des rechtlich Zulässigen, legen Recht und Gesetz in ihrem Sinne aus oder ändern diese gleich. Das erleben wir in Deutschland derzeit. Um ein Erstarken der AfD zu verhindern, wird diese mit Mitteln des Verfassungsschutzes, mit Änderungen von Geschäftsordnungen sowie mit Ausschlüssen von Wahlen auf der Grundlage reiner Behauptungen bekämpft. Das Ergebnis ist, dass die AfD in der Gunst

des Volkes aufsteigt, während die anderen Parteien immer unglaubwürdiger werden. Auch hier schlummert ein Konfliktpotenzial bis hin zum Bürgerkrieg – der von einigen vermeintlichen Linksextremen – aber möglicherweise auch eher Geheimdiensten – bereits angedroht wird.

Das stärkste Symptom eines solchen Niedergangs ist der Krieg – ob als Bürgerkrieg oder als Krieg gegen andere Völker. Denn während im Bürgerkrieg verfeindete Fraktionen – und damit Elitengruppen – um die Herrschaft kämpfen, richten in einem nach außen gerichteten Krieg die geeinten Eliten die Aufmerksamkeit des Volkes und damit die Verantwortung für den Niedergang auf einen vermeintlichen äußeren Feind.

Genau das beobachten wir seit Jahren. Hier wird die Schuld für alles dem Russen oder Wladimir Putin persönlich angelastet. Dieser habe die Öl- und Gaslieferungen von sich aus unterbrochen und sabotiere uns in seinem hybriden Krieg kontinuierlich. So durchsichtig und schlecht diese Erzählung ist, hat sie doch den Zweck, den Krieg im Außen vorzubereiten – als letzten Rettungsanker für eine im Niedergang begriffene Elite. Der Zorn des Volkes soll auf einen äußeren Feind gerichtet werden. Von dem Krieg erhoffen sich diese Eliten nicht nur erhebliche Profite, sondern auch einen gewissen Neustart der heimischen Ökonomie und des politischen Systems, um sich dann wieder an führender Stelle dort positionieren zu können. Nach dem Niedergang der Naziregierung in Deutschland konnten sich auch viele ehemalige Nazis wieder in wichtige Positionen der neuen Bundesrepublik retten.

Allerdings sind die größten Profiteure des gesamten Niedergangs nicht heimische Politiker und Beamte. Stattdessen ist das transnationale Kapital der maßgebliche Gewinner und auch Verursacher dieser Krise. Dieses beutet über das US-Imperium die

Welt aus. Dieses Imperium befindet sich im Niedergang und kannibalisiert dabei nicht nur die Weltordnung, sondern auch seine Vasallen, die sich immer als „Partner“ oder „Verbündete“ verstanden haben. Sie werden in Abhängigkeit von US-amerikanischen Öl- und Gaslieferungen gebracht, und die Abhängigkeit vom US-Dollar und US-amerikanischen Zahlungssystemen wird genutzt, um Druck auf die Vasallen auszuüben. Es werden neue Zollabkommen erzwungen, und die USA sind ein wichtiges Ziel der aus Europa abwandernden Unternehmen. Das Imperium saugt in einem letzten Aufbäumen noch einmal seine Vasallen aus, und bei diesen macht sich das zunehmend bemerkbar.

Zeit für etwas Neues

Der immer wieder angekündigte und dann verschobene Kollaps ist also eigentlich schon lange da. Seit Jahren – wenn nicht sogar Jahrzehnten – erleben wir einen kontinuierlichen Niedergang des Westens. Jeden Tag werden die Verhältnisse ein Stück weit schlechter; eine Verbesserung ist seit Jahren nicht mehr zu beobachten. Einen exakten Zeitpunkt zu bestimmen, ab dem ein Kollaps eintreten wird, ist unmöglich. Auch für das Römische Reich ist ein solcher Zeitpunkt nicht zu bestimmen. Vielmehr handelt es sich um einen schleichenden Prozess des Niedergangs, in dem verschiedene Faktoren zusammenkommen, sich gegenseitig verstärken und beeinflussen.

Der Untergang ist ein Prozess, kein Ereignis. Er drückt sich in einer fortlaufenden Verschlechterung aller Lebensverhältnisse aus. In einem solchen Prozess befinden wir uns schon lange – und ein Wandel ist mit dem derzeitigen System auch nicht zu erwarten, egal welche Partei regiert.

Wie wir den Niedergang bewerten, hängt auch von unserer

Weltsicht ab. Wer die Welt seit Jahrzehnten anhand derselben Maßstäbe beurteilt und diese zum Maß aller Dinge erhoben hat, wird Veränderungen möglicherweise vor allem als Verlust wahrnehmen. Doch im Niedergang des einen liegt auch die Chance für den Aufstieg von etwas Neuem. Die global vernetzte, von Oligarchen vereinnahmte Ökonomie diene der Mehrheit der Menschen ohnehin nie. Sie hat zu Abhängigkeiten von der Oligarchie geführt und die Qualität von fast allem, inklusive der Nahrungsmittelproduktion, deutlich verschlechtert. Jetzt wäre also die Zeit gekommen für ein neues System, das den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt rückt, anstatt Profite und Eigentumskonzentration einiger weniger.

Wie genau dieses neue System aussehen soll, ist dabei derzeit noch kaum mehr als eine Skizze, an der sich jeder beteiligen kann.



Felix Feistel, Jahrgang 1992, studierte Rechtswissenschaften mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht. Schon während seines Studiums war er als Journalist tätig; seit seinem Staatsexamen arbeitet er hauptberuflich als freier Journalist und Autor. So schreibt er für **[manova.news](https://www.manova.news/)** (<https://www.manova.news/>), **apolut.net** (<https://apolut.net/>), **[die Freie Medienakademie](https://www.freie-medienakademie.de/)** (<https://www.freie-medienakademie.de/>) sowie auf seinem eigenen **[Telegram-Kanal](https://t.me/Felix_Feistel)** (https://t.me/Felix_Feistel). Eine Ausbildung zum Traumatherapeuten nach der Identitätsorientierten Psychotraumatheorie und -therapie (IoPT), erweiterte sein Verständnis von den Hintergründen der Geschehnisse auf der Welt.

